

Bei Mietverträgen ist der skandalöse ‚Ausländeraufschlag‘ weit verbreitet. Gegen solche Missstände muss konsequent vorgegangen werden:

- mit einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz, das auch die Bereiche Wohnen, Schule und Polizei abdeckt. Ein Rechtshilfefonds muss rechtliche Mittel für alle zugänglich machen.
- durch die Unterstützung antirassistischer Initiativen und die konsequente Verfolgung rassistisch motivierter Straftaten,

Ich möchte

- Infos zum Thema
- im Wahlkampf helfen
- Mitglied werden

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname	Name
<input type="text"/>	
Straße	
<input type="text"/>	<input type="text"/>
PLZ	Ort
<input type="text"/>	
E-Mail-Adresse	
<input type="text"/>	
Unterschrift	

DIE LINKE. Landesverband Hessen
Allerheiligtor 2-4, 60311 Frankfurt am Main
Tel.: 069-706502
E-Mail: info@die-linke-hessen.de

V.i.S.d.P: Nico Biver, Allerheiligtor 2-4, 60311 Frankfurt

- indem Mehrsprachigkeit als Bereicherung anerkannt wird und die verschiedenen Herkunftssprachen in der Schule gefördert werden,
- Bei Stellenausschreibungen für die kommunale Verwaltung und Betriebe sollen anonymisierte Bewerbungsverfahren eingesetzt werden, um Benachteiligung abzubauen.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltungen müssen in die Lage versetzt werden, den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Migrationshintergrund gerecht zu werden.

Eine neue Perspektive ist nötig

Die meisten Menschen sind schon viel weiter als die Politik. Sie erkennen die Vielfalt unserer Gesellschaft an, statt auf starren nationalen oder religiösen Identitäten zu beharren. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft ohne Benachteiligung, in der Freiheit und Gleichheit gleichermaßen verwirklicht werden.

Nur DIE LINKE tritt konsequent für eine solche Gesellschaft ein! Deshalb am 6. März DIE LINKE wählen!

Kommunalwahlen am 6. März 2016

HIER SIND WIR ZU HAUSE
BİZ BURDA EVİMİZ DEYİZ
ЗДЕСЬ МЫ ДОМА
QUI SIAMO A CASA
EM LI VIRA MALA XWE NE
وطننا هنا

DIE LINKE.

www.die-linke-hessen.de

Linke Migrationspolitik für Hessens Städte und Gemeinden - Chancengleichheit und Teilhabe

Ein Viertel der Menschen in Hessen hat eine Einwanderungsgeschichte. Bei den unter Fünfjährigen ist es sogar fast jedes zweite Kind. Unsere Gesellschaft als Ganzes ist von Einwanderung geprägt.

Die herrschende Politik trägt dieser Tatsache nur unzureichend Rechnung. In Schulen oder Kindergärten gibt es nur wenige Lehrerinnen oder Erzieher mit Einwanderungsgeschichte. In den letzten Jahren hat vor allem die CDU versucht, auf dem Rücken der Migrantinnen und Migranten Wahlkampf zu machen. Vorurteile wurden genutzt, um Stimmen am rechten Rand zu fischen. Kulturell, sozial und wirtschaftlich haben Menschen mit Einwanderungsgeschichte die Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten bereichert. Trotzdem werden sie noch immer benachteiligt.

Flüchtlingen helfen, Kriege beenden

Menschen auf der Flucht vor Krieg, Elend und Verfolgung verdienen Hilfe und Fürsorge in unseren Städten und Gemeinden. Dazu gehören die menschenwürdige Unterbringung, eine soziale und psychologische Betreuung sowie ein schneller Einstieg in Sprachkurse. Der Willkommenskultur muss eine Willkommensstruktur folgen. Ehrenamtliches Engagement muss unterstützt werden, kann aber auf Dauer staatliches Handeln nicht ersetzen. Wir wollen soziale Gerechtigkeit für alle, statt verschiedene Gruppen gegen einander auszuspielen. Jede Aufweichung des Grundrechts auf Asyl lehnen wir ab. Wir wollen die Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flücht-

linge. Krieg ist die häufigste Fluchtursache. Die Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen muss beendet werden.

Alle Menschen müssen in Hessen in Würde leben können. Dafür ist noch viel zu tun:

- Der Familiennachzug muss erleichtert werden.
- Wer hier seinen Lebensmittelpunkt hat, muss einen dauerhaften und sicheren Aufenthaltsstatus bekommen.
- Ausländische Schul- und Berufsabschlüsse müssen unbürokratisch anerkannt werden. Nachqualifizierung soll angeboten und finanziell gefördert werden.
- Damit alle Menschen in einer bezahlbaren Wohnung leben können, müssen jährlich 10.000 Sozialwohnungen geschaffen werden.

Wer hier lebt, muss mitreden können

Große Teile der Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte sind von politischer Mitsprache ausgeschlossen. Dabei muss doch in einer demokratischen Gesellschaft gelten, dass alle mitentscheiden können, die von der Politik betroffen sind! Die Regierung hält aber weiterhin an einem engen Verständnis von Staatsbürgerschaft fest. Viele europäische Staaten sind schon weiter und gewähren das Wahlrecht unabhängig von Aufenthaltsstatus und Staatsbürgerschaft.

Demokratie ist für alle da, deshalb muss

- das kommunale wie das allgemeine Wahlrecht auf alle hier lebenden Menschen ausgeweitet werden,
- Einbürgerung erleichtert und die doppelte Staatsbürgerschaft für alle ermöglicht werden.

Rassismus gemeinsam bekämpfen

Zuhause fühlt sich nur, wer am kulturellen, sozialen und politischen Leben ungehindert teilhaben kann. Der weit verbreitete Rassismus ist dafür eine Hürde. Die Angriffe auf Einrichtungen für Flüchtlinge sind nur die Spitze des Eisberges. Jede Migrantin und jeder Migrant kennt Benachteiligung aus dem eigenen Alltag. Bewerberinnen oder Bewerber mit ausländischen Namen finden nachweislich schwerer einen Job. Mehrsprachige Jugendliche werden in der Schule eher benachteiligt als gefördert.



„fotolia ©ARochau“